

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Privileg des Establishments

Deutschland hat mit 18,36 Euro pro Monat und Haushalt und somit einem Beitragsaufkommen von 8 Milliarden Euro jährlich den teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt. Dabei hat man weder Kontrolle über das Angebot noch über den Preis. Es ist, als ob Sie ein Auto kaufen müssten, ohne vorher Modell und Farbe zu kennen – und der Preis wird Ihnen ohne Verhandlung vorgegeben. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein gutes Beispiel, bei dem man fühlen kann, dass der Staat Macht ausübt. Trotz des großen Wunsches in der Bevölkerung, diesen Beitrag nicht mehr zahlen zu müssen, bewegt sich wenig. Im Gegenteil: Es wird eine Erhöhung gefordert.

Am Beispiel des öffentlich-rechtlichen Rundfunks lässt sich sehr gut aufzeigen, wie beständig oder gar hartnäckig Strukturen sind, die einmal in einen bürokratischen Rahmen gegossen wurden. Wenn es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht gäbe, sondern man ihn heute neu erfinden müsste, würde er wohl kaum so konzipiert werden, wie man ihn aktuell vorfindet. Es gibt genug werbefinanzierte Unterhaltungsangebote im Privatfernsehen, Filme bei Streaminganbietern, Pay-TV-Angebote für Sportübertragungen, privates Radioprogramm, und sogar die Versorgung mit Nachrichten ist mehr als gewährleistet, da es neben dem Nachrichtenangebot der Privatsender auch darauf spezialisierte Nachrichtensender gibt.

Mit Demokratie hat der Rundfunkbeitrag auch nur wenig zu tun: In der Bevölkerung gibt es eine Vier-Fünftel-Mehrheit für die Abschaffung, die vom Parteienapparat jedoch hartnäckig ignoriert wird. Einmal existente Privilegien lassen sich kaum reformieren.